

Niels Beckenbach

Industrielle Rationalisierung, Rationalisierungsfolgen, Arbeiterbewußtsein*

1. Zur Veränderung der Produktionsbedingungen seit Anfang der siebziger Jahre

Die ökonomische Bedeutung von Rationalisierung ist seit der historischen Herausbildung der für die kapitalistische Produktionsweise typischen Großindustrie unverändert. Sie zielt auf eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit und, damit verbunden, die erhöhte Ökonomie in der Anwendung der gegenständlichen Produktionsbedingungen durch effizienz-erhöhende Organisation des Arbeitsablaufs, des Arbeitseinsatzes oder von arbeitsrelevanten Maßnahmen der betrieblichen Aus- und Fortbildung. Die für warenproduzierende Gesellschaften konstitutiven, naturwüchsigen Durchsetzungsformen von Rationalisierungsprozessen — die Steigerung der Arbeitsintensität bei partieller Abnahme der Qualifikationsanforderungen (Rubinstein 1927), die Tendenz zur 'Arbeiterfreisetzung' (Köhler 1933) sowie die mit der Durchsetzung von betrieblichen Rationalisierungsprozessen verbundene Ausdehnung des Verfügungsspielraums der Betriebsleitung über den Arbeitsprozeß (Taylor 1919) als gruppenspezifische oder massenhafte Folgewirkungen industrieller Rationalisierung sind gleichermaßen Resultat der gesellschaftlichen Durchsetzung des Kapitalverhältnisses in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts (Groskurth/Volpert 1975).

Spezifisch für die Erscheinungsformen und Folgewirkungen von industrieller Rationalisierung in der BRD bis ca. Ende der 60er Jahre ist eine kompensierende Überlagerung der Freisetzungseffekte von industrieller Rationalisierung durch ein beständiges Wachstum der Produktionskapazitäten in Verbindung mit der Stagnation des national verfügbaren Arbeitskräftepotentials. Die Arbeitsfolgen von industrieller Rationalisierung wurden im Zuge des weiterhin zunehmenden verfügbaren Einkommens (Küchle/Jordan 1977) weitgehend noch monetär aufgefangen. Die Wirtschaftskrise von 1967/68 konnte noch als einmalige Abweichung von einem ansonsten säkular ansteigenden und allenfalls durch konjunkturelle Schwankungen modifizierten Aufwärtstrend des ökonomischen Gesamtprozesses in der BRD erscheinen. Dagegen deutet sich seit Anfang der 70er Jahre, zugespitzt in der Wirtschaftskri-

* Dieser Beitrag war für die Reihe der Berichte über den II. Kongreß Kritische Psychologie in Marburg bestimmt, wo er als Referat gehalten wurde, ist aber durch ein redaktionelles Versehen dort nicht abgedruckt worden. Wir holen dies hier nach. Die Redaktion

se 1975 und in neueren Prognosen für die kommende Dekade als eine sich noch verschärfende, krisenhafte Faktorenkonstellation bezeichnet, eine radikale Wende in den ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in den spezifischen Erscheinungsformen sowie in den industriellen Folgewirkungen der industriellen Rationalisierung an.

Im Zuge von weltweit akkumulierten Überkapazitäten z.B. im Stahl- und im Schiffbaubereich, bedingt durch veränderte Formen der internationalen Arbeitsteilung z.B. im Bereich der Textil- und Uhrenindustrie, brechen seit Anfang der 70er Jahre strukturelle und regionale Teilkrisen mit massenhaften Arbeitsplatzverlusten auf.¹

Durch die erschwerten Realisierungsbedingungen im internationalen Maßstab im Zuge von anwachsendem Kapitalexport, von zunehmender Verlagerung der Produktionszentren in bislang wenig industrialisierte Länder sowie von verteuerten Rohstoffen (Öl) und veränderten Wechselkursparitäten werden in der überwiegend exportorientierten Ökonomie der BRD betriebliche Investitionsmaßnahmen zunehmend als Rationalisierungsmaßnahmen getätigt (Helfert 1978). Dabei kommen in den vergangenen Jahren in verstärktem Maße neue Technologien mit hohen Freisetzungseffekten (EDV, Mikroelektronik) zum Einsatz. Die Folgewirkungen dieser Techniken für den Anwendungsbereich sowie ihre Ausstrahlungseffekte für andere Industriebereiche (z.B. in den Zuliefersektoren) sind gegenwärtig noch nicht annähernd vorherzusagen; der ökonomische Nutzen der neuen Technologien wird jedoch sinnfällig durch einen Kostenvergleich eines traditionell elektronischen mit einem modernen — funktional äquivalenten — mikroelektronischen Bauteil: der Einsparungsfaktor liegt bereits heute bei 1000 : 1 (Kalmbach 1978); der Forschungsprozeß gilt noch nicht als abgeschlossen.

Dem in den kommenden Jahren zu erwartenden massenhaften Verlust an Arbeitsplätzen durch veränderte Verwertungs- und Realisierungsbedingungen im Bereich der industriellen Produktion in der BRD steht seit Mitte der 70er Jahre eine wachsende Nachfrage nach Arbeitsplätzen gegenüber. Im Rahmen einer bis etwa Mitte der 80er Jahre anhaltenden Tendenz kommen dabei geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Laut Berechnungen des DIW in West-Berlin ist cet par allein zur Kompensation der wachsenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen eine Schaffung von ca. 0,8 Mill. zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Zeit von 1977 bis 1985 erforderlich — in einer regierungs-offiziösen Schätzung wird der nachfragebedingte Arbeitsplatz-Neubedarf bis Ende der 80er Jahre sogar auf 2 Mill. veranschlagt (Ehrenberg 1977).

Die Kumulation der ökonomisch und technologisch verschärften Formen der industriellen Rationalisierung seit Anfang der 70er Jahre wirkt sich auf das Beschäftigungssystem in der BRD zunehmend krisenhaft aus. Seit Mitte der 70er Jahre liegt die durchschnittliche jährliche Arbeitslosenzahl bei 1 Mill. Auch — und besonders hierin wird die Verschärfung der Rationalisierungsfolgen sichtbar — im konjunkturel-

len Wiederaufschwung seit 1976 ist die Millionengrenze nicht nennenswert und allenfalls saisonal unterschritten worden. Gegenwirkende Tendenzen sind derzeit, unter den o.a. ökonomisch-gesellschaftlichen Wachstumsbedingungen nicht abzuschätzen — die speziell für die Kompensation negativen Beschäftigungseffekte der Wirtschafts-Modernisierung von der Bundesregierung initiierten Konjunkturprogramme seit 1974 hatten z.B. lt. DWI allenfalls einen Wachstumseffekt von 0,2 Mill. Arbeitsplätzen (dies ohne Abschätzung ihrer Fristigkeit).

Aus den erschwerten Konkurrenzbedingungen, aus der zunehmenden Anwendung von Rationalisierungsinvestitionen mit dem Schwerpunkt 'Neue Technologien' sowie aus einer zunehmenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der BRD resultiert, bezogen auf den Bereich der industriellen Produktion, eine strukturelle, im zyklischen Verlauf spezifisch verschärfte und für die kommenden Jahre *cet par* noch zunehmende Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß im Zuge der Einführung neuer Technologien, verbunden mit speziellen Formen der arbeitsorganisatorischen Rationalisierung, einschneidende Veränderungen in den Qualifikations- und Belastungsanforderungen auftreten werden. Bereits Kern/Schumann (1968) kamen in einer Studie über die Folgen des technologischen Wandels in der industriellen Produktion zu dem Ergebnis, daß die durchschnittliche Entwicklung der Qualifikationsanforderungen im Zuge der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion nicht zunehmen werde. Anhand von neueren Arbeiten des SOFI Göttingen über die allgemeine Entwicklung der Arbeitsbedingungen und deren Bedeutung für Veränderungen der Qualifikations- und Belastungsanforderungen (Mergner u.a. 1975), über den qualifikatorischen Wandel im Facharbeiterbereich (Mickler, Mohr, Kadritzke 1977) sowie über die Entwicklung im Automatisierungssektor (Mickler u.a. 1977) wird dieser Befund erhärtet und zugleich konkretisiert: unter kombiniertem Einsatz neuer Produktionsbedingungen und von daran anknüpfenden gezielten Maßnahmen der arbeitsorganisatorischen Rationalisierung nehmen — durchschnittlich gesehen — die Qualifikationsanforderungen im gewerblichen Bereich ab und die Belastungsanforderungen steigen.

Die Auswirkungen der fortschreitenden Tendenz zur technisch-organisatorischen Rationalisierung auf den Tätigkeitsinhalt der betroffenen Arbeiter (der Angestelltenbereich bleibt bislang zumeist unberücksichtigt) kann in der Bedrohung des Berufsbildes ganzer Beschäftigungsgruppen (z.B. der Drucker und Setzer in der Druckindustrie nach Umstellung auf den Fotosatz) bestehen; er kann zu gravierenden Tätigkeitsvereinfachungen im Anforderungsbereich bei Anlern- oder Facharbeitertätigkeiten führen (z.B. im Bereich der Maschineneinstellung nach Umstellung auf NC-Technologie) oder aber zu einer Tätigkeitsver-

dichtung auf vergleichbarem Qualifikationsniveau (z.B. im Bereich von Steuerarbeiten bei Einführung modernisierter Verfahren, vgl. Abendroth u.a. 1979).

Die durchschnittlichen Auswirkungen des technisch-organisatorischen Rationalisierungsprozesses in der industriellen Produktion liegen nicht nur im Bereich der Tätigkeitsvereinfachung und der Belastungserhöhung. Unter den vorherrschenden Einstufungs- und Bewertungsnormen industrieller Arbeit mit der Orientierung an traditionell-handwerklicher Arbeit (Brumlop u.a. 1977) wird darüber hinaus im Zuge des Rationalisierungsprozesses die traditionelle Entlohnungsgrundlage der betroffenen Arbeitergruppen in zunehmendem Maße bedroht. Die Tendenz, daß solche durch die Anforderungsentwicklung bedingten Risiken der Lohnminderung real durchschlagen, wird sich verstärkt durchsetzen, sofern im Zuge der o.a. Entwicklungen die Arbeitslosenquote steigt und die Arbeitslöhne stagnieren. Im Verlauf der letzten Dekade sind z.B. die Steigerungsraten der Masseneinkommen lt. Kühle/Jordan real von durchschnittlich jährlich ca. 6% (1967-1973) auf ca. 2% (1974-1976) zurückgegangen.

2. Erfahrung von Rationalisierung und Arbeiterbewußtsein

Die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen der industriellen Rationalisierung im nationalen und internationalen Maßstab sowie die dadurch verursachte Entwicklung und effektivisierte Anwendung von neuen Technologien mit einschneidenden Freisetzungs- und Dequalifizierungsfolgen bedeuten für die betroffenen Arbeiter eine gravierende Verschlechterung in den Reproduktionsbedingungen, sofern keine gegenwirkenden Maßnahmen konzipiert und durchgesetzt werden. In welchem Ausmaß sich im Zuge der Durchsetzung dieses Prozesses die sozialen Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärfen werden und insbesondere: wieweit jeweils ungleichzeitige Formen der Rationalisierungsbetroffenheit in einheitliches Handeln der betroffenen Arbeiter und Gewerkschaften umgesetzt werden, ist anhand der Bestandsaufnahme des derzeit abschätzbaren Verlaufs von industrieller Rationalisierung allein nicht auszumachen. Strukturelle Bedingungen des Arbeiterbewußtseins, dessen spezifische Ausprägungen durch spezielle Muster der 'Segmentierung' in den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie tradierte Denkformen innerhalb der Arbeiterklasse, die aus der besonderen Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands resultieren, müssen dabei als subjektive Vermittlungsgrößen in Betracht gezogen werden.

Industriearbeiter richten als Lohnarbeiter ihr Interesse zunächst und vor allem darauf, den Tauschwert ihrer Arbeitskraft im Rahmen des institutionell definierten Lohnniveaus zu sichern. Die technisch-organisa-

torischen Arbeitsbedingungen treten dem Arbeiter als fremde, dem Kapital zugehörige Arbeitsvoraussetzungen im Produktionsprozeß gegenüber — die Anpassung an die damit gegebenen Qualifikations- und Belastungsanforderungen ist und bleibt zentrale Voraussetzung für die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiter. Ein inhaltliches, weiterreichendes Interesse an den gegenständlichen und sozialen Bedingungen des Produktionsprozesses kann sich demgegenüber erst unter spezifischen Bedingungen von Ausbildung, Betriebszugehörigkeit und Arbeitserfahrung sowie unter spezifischen stofflichen Bedingungen des Arbeitsprozesses entwickeln. Eine solche arbeitsinhaltliche Orientierung bleibt jedoch in jedem Falle dem Tauschwertinteresse untergeordnet.

Die strukturelle Dominanz des Tauschwertinteresses im Arbeiterbewußtsein bedeutet im konkreten Zusammenhang der industriellen Rationalisierung, daß die Arbeitsfolgen von technisch-organisatorischen Veränderungen in der Produktion so lange noch akzeptiert werden, wie sie dem Lohninteresse nicht zuwiderlaufen, 'monetarisiert' (Brumlop u.a. 1977) werden und unterhalb einer Belastungsschwelle bleiben, wo erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft auch durch die Erhöhung des Arbeitslohnes nicht mehr kompensiert wird. Die Monetarisierung von belastungssteigernden Veränderungen in den Arbeitsbedingungen kann als empirische Ausdrucksform des zugrundeliegenden Tauschwertbezugs beim Lohnarbeiter angesehen werden. Dieser Entgeltungsmechanismus ermöglicht eine Durchsetzung von Maßnahmen der industriellen Rationalisierung solange die o.a. Schwellenwerte nicht über- bzw. unterschritten werden.² Insbesondere in den Arbeitsbereichen mit traditionell hohem physisch-nervlichen Belastungsgrad (z.B. bei repetitiver Teilarbeit in der Metallindustrie) deutet sich angesichts der Verschärfung der industriellen Rationalisierung die Tendenz an, daß sowohl durch übermäßige Steigerung der Belastungsfolgen wie durch zunehmende Gefährdung der Einstufungs- und Bewertungsgrundlagen der Monetarisierungsmechanismus in Frage gestellt wird. Wieweit damit dabei schon eine massenhafte Veränderung der *Anspruchsgrundlage* im Falle von industrieller Rationalisierung auf Seiten der betroffenen Arbeiter verbunden ist, muß zumindest angesichts der gegenwärtigen Situation bezweifelt werden. Als gewerkschaftspolitisch entscheidend erweist sich allerdings eine Neudefinition der 'gratifikationsfähigen' Qualifikations- und Belastungsanforderungen sowie — damit zusammenhängend — der verstärkte Einbezug der Reproduktionsbedingungen als allgemeine Forderungsgrundlagen im Zusammenhang mit den Folgen von industrieller Rationalisierung (Kern/Schauer 1978).

Eine einheitliche Reaktion gegenüber den objektiv verschärften Tendenzen der industriellen Rationalisierung wird durch die unterschiedli-

che Betroffenheit der einzelnen Arbeitergruppen in der industriellen Produktion erschwert. Bedingt durch weiterhin fehlende überbetriebliche Ausbildung im Bereich großindustrieller Tätigkeiten, durch langjährig stabile Beschäftigungsverhältnisse und der Tendenz von Betrieben, langjährig erfahrene Arbeitskräfte gegenüber dem Arbeitsmarkt 'abzuschirmen' (Böhle/Altmann 1972) sowie im Zusammenhang mit spezifischen Veränderungen im Verhältnis von variablem und konstantem Kapital, hat sich dabei eine tendenzielle 'Segmentierung' zwischen industriellen Stamm- und Randbelegschaften herausgebildet (Sengenberger 1977).

Typisch für die Situation der Stammebelegschaften war bis Anfang der 70er Jahre ein relativ hohes Ausmaß an Arbeitsplatzsicherheit, an betrieblichen Fortkommenschancen und, entsprechend, an Einkommensverbesserungen (Weitz 1976). Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der industriellen Randbelegschaften waren demgegenüber durch den Zwang zur Akzeptierung hoher Belastungen bei geringen zeitlichen Planungsmöglichkeiten und geringen Chancen der Einkommensverbesserungen gekennzeichnet. Traditionell wurden dabei die Folgen der industriellen Rationalisierung dadurch verdeckt, und teilweise neutralisiert, daß die Gruppen der betrieblichen Stammebelegschaften davon in geringerem Ausmaß betroffen waren und die Rationalisierungsprozesse weitgehend auf die Einsatzbereiche der betrieblichen Randbelegschaften beschränkt blieben. Durch deren ethnischen, biographischen oder qualifikatorischen Status (ausländischer Arbeiter, Frauen, Volksschulabbrecher) bedingt, waren hier die Artikulations- und Durchsetzungschancen von Interessen gegenüber der Kapitaleseite besonders ungünstig (Kern/Schauer 1978). Die unterschiedlichen Beschäftigungsformen von industriellen Stamm- und Randbelegschaften könnten sich im Rationalisierungsverlauf zunächst noch weiter auseinanderentwickeln. So versuchen die Unternehmer derzeit, mit stabilen oder sogar mit schrumpfenden Stammebelegschaften (Ansetzung von Überstunden, Sonderschichten oder Kurzarbeit) unter möglicher Reduzierung der Randbelegschaften die o.a. ökonomischen Veränderungen durch 'Flexibilisierung' der Produktion aufzufangen (Helfert 1978). Neu entstehende Arbeitsplätze werden dabei weitgehend betriebsintern besetzt. Für den Fall der Neuschaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen im Anlernbereich (Wartentätigkeiten, Automatenkontrolle oder Einrichtertätigkeiten) können Teile der betrieblichen Stammebelegschaften im Verlauf der industriellen Rationalisierung sogar eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfahren.

Die Wirksamkeit einer betrieblichen Stammebelegschaftspolitik, deren traditionelle subjektive Implikation ein spezifisches Integrations- und Loyalitätspotential auf Seiten der Stammebelegschaften darstellt,

wird in dem Maße erschwert, wie im Zuge des Rationalisierungsprozesses die traditionelle Statussicherung auf der Arbeits-, Einkommens-, zunehmend sogar auf der Beschäftigungsebene in Frage gestellt wird und wie andererseits auch die Gruppen der betrieblichen Randbelegschaften steigende Ansprüche an die Arbeits- und Einkommensbedingungen artikulieren. Die branchenspezifischen, regionalen und zeitlichen Ungleichzeitigkeiten, unter denen sich der Prozeß des forcierten technisch-organisatorischen Wandels in der BRD durchsetzt, haben bislang allerdings eine einheitliche Reaktion der Arbeiter und der Gewerkschaften erschwert. Sofern die o.a. Ungleichzeitigkeiten in der Durchsetzung von industrieller Rationalisierung auch für die nächsten Jahre charakteristisch bleiben, ist daher eine umfassende Verständigung über die Gemeinsamkeiten wie über gruppenspezifische Unterschiede in der Betroffenheit von industrieller Rationalisierung bei den abhängig Beschäftigten eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der objektiven und subjektiven Segmentierungsfolgen. In zunehmendem Maße erscheint dabei die Entwicklung einer eigenständigen gewerkschaftlichen Arbeits- und Beschäftigungspolitik als zentrale Voraussetzung, um den Folgen der industriellen Rationalisierung wirksamer als bisher begegnen zu können.

Auf der Grundlage langjährig prosperierender ökonomischer Entwicklung sowie von anhaltend hoher Arbeitsplatzsicherheit hat sich im Arbeiterbewußtsein, bei den verschiedenen Gruppierungen mehr oder weniger ausgeprägt, die Vorstellung von der Realisierbarkeit sozialer Gleichheit zwischen Kapital und Arbeit befestigt. Diese Vorstellung bezieht sich zum einen darauf, daß die materielle Lage der Arbeiterschaft im historischen Verlauf sich mehr und mehr an die materiellen Reproduktionsbedingungen der anderen gesellschaftlichen Gruppen angleiche. Als Voraussetzung hierfür wird — auch hierin reflektiert sich die Besonderheit der ökonomischen Bedingungen in der Nachkriegsentwicklung der BRD — von den Arbeitern ein Ausgleich der Interessen von Arbeitern und Unternehmern für möglich gesehen. Dies läßt sich an einer weiteren Tabelle aus der Hafendarbeiterstudie (M. Abendroth u.a., 1979, S. 533) illustrieren:

Interessen von Arbeitern und Unternehmern

	%
	(n = 2047)
Grundlegender Interessengegensatz	14
eingeschränkter Interessengegensatz	34
Interessenkompromiß	40
Interessengemeinschaft	8
Rest	4
insgesamt	100

Noch unter den Bedingungen der Krise (die Befragung wurde 1975 durchgeführt), zeigt sich ein Fortwirken tradiertter Vorstellungsinhalte im 'Kern' der abhängig Beschäftigten. Die reale Gleichheit zwischen Kapital und Arbeit wird dabei von der Mehrzahl der Befragten von der Kompromißbereitschaft der Kapitaleseite abhängig gemacht.

Die Frage nach der zeitlichen Fortdauer solcher tradierten Gleichheitsvorstellungen im Arbeiterbewußtsein, deren materielle Grundlage zunehmend problematisch geworden ist, läßt sich derzeit nicht eindeutig beantworten. Auf dem Hintergrund der weiterhin fortbestehenden Unterschiede in der Betroffenheit von industrieller Rationalisierung ist jedoch eine schnelle und allgemeine Auflösung solcher durch die ersten Dekaden der Nachkriegsentwicklung spezifisch verstärkten Gleichheitsvorstellungen in der Arbeiterschaft wenig wahrscheinlich. Auch hier werden Zeitdauer und Richtung der Auflösung von tradierten Vorstellungsinhalten in entscheidendem Maße von dem zukünftigen Verhalten der gewerkschaftlichen Organisationen des DGB gegenüber der Kapitaleseite beeinflußt werden. Sowohl im Hinblick auf die Abwehr negativer Folgen von industrieller Rationalisierung als auch für die zunehmend bedeutsame Frage nach den Bedingungen einer qualitativ veränderten Arbeits- und Beschäftigungspolitik kommt daher der Programmatik der Einheitsgewerkschaft und deren praktischer Realisierung eine zentrale Bedeutung zu.

Anmerkungen

- 1 Laut Kühle/Jordan hat sich in der industriellen Produktion der BRD seit Anfang der 60er Jahre die Beschäftigtenzahl von 8,3 auf 7,4 Mill. verringert, während zugleich das effektive Nettoproduktionsvolumen etwa um das 1,7fache unter Einbeziehung des Kapazitätseffekts sogar um das ca. 1,9fache stieg. Die Beschäftigungseinbrüche zeigen sich besonders gravierend dort, wo abnehmende Nachfrage im Weltmaßstab und technisch-organisatorische Rationalisierung zusammenfallen, wie z.B. im Stahlbereich. Hier ist seit Beginn der Krise von 1975 die Beschäftigtenzahl um 36000 (10% der Beschäftigten) zurückgegangen, im nächsten Jahr sollen weitere 50000 Arbeitsplätze wegfallen (Esser 1978).
- 2 Eine empirische Ausdrucksform hiervon ist z.B. der folgende Befund in der Hafendarbeiterstudie. 2/3 der Befragten sprechen sich dafür aus, daß für besondere Belastungen möglichst hohe Zulagen gezahlt werden sollten. Nur etwa 1/3 gibt demgegenüber dem Abbau besonderer Belastungen den Vorrang.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, M., Beckenbach, N., Braun, S., und R. Dombois (1979): Hafenarbeit. Eine industriesoziologische Untersuchung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse in den bremischen Häfen. Frankfurt/M.
- Böhle, F., und N. Altmann (1972): Industrielle Arbeit und Soziale Sicherheit. Eine Studie über Risiken im Arbeitsprozeß und auf dem Arbeitsmarkt, Frankfurt/M.
- Brumlop, E., u.a. (1977): Studien zum BMFT-Projekt, Tarifvertragliche Regelungen zur Vereinbarung industrieller Arbeitsbedingungen, hekt. Forschungsbericht, Göttingen.
- Großkurth, P., und W. Volpert (1975): Lohnarbeitspsychologie, Frankfurt/M.
- Helfert, M. (1977): Rationalisierung, Beschäftigung, Wirtschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/77.
- Helfert, M., und G. Trautwein-Kalms (1978): Die gewerkschaftliche Auseinandersetzung um Arbeitsbedingungen und das Forschungsprogramm der Bundesregierung zur Humanisierung des Arbeitslebens, in: WSI-Mitteilungen 2/78.
- Jordan, R., und H. Kühle (1978): 'Investitionslücke' und gewerkschaftliche Schlußfolgerungen, in: WSI-Mitteilungen 8/78.
- Jordan, R., und H. Kühle (1979): Investitionslenkung und Krise 1974/75, in: WSI-Mitteilungen 12/79.
- Kähler, A. (1933): Die Theorie der Arbeiterfreisetzung durch die Maschine, Greifswald.
- Kalmbach, P. (1978): Rationalisierung, Neue Technologien und Beschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 8/78.
- Kalmbach, P. (1978): 'Modernisierung der Wirtschaft', Anmerkungen zu einem neuen wirtschaftspolitischen Konzept, vervielf. Manuskript, Bremen.
- Kern, H., und H. Schauer (1978): Rationalisierung und Besitzstandssicherung in der Metallindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/8.
- Kern, H., und M. Schumann (1970) Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bde., Frankfurt/M. (Neuaufgabe 1973, ebd.)
- Lederer, E. (1931): Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit, Tübingen.
- Mergner, U., u.a. (1975): Arbeitsbedingungen im Wandel, Eine Studie zur Entwicklung von Belastungs- und Qualifikationsanforderungen in der BRD, Göttingen.
- Mickler, O., Dittrich, E., und U. Neumann (1976): Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit. Eine Untersuchung über die automatisierte Produktion, München.
- Mickler, O., Mohr, W., und U. Kadritzke (1977): Produktion und Qualifikation — eine empirische Untersuchung zur Entwicklung von Qualifikationsanforderungen in der industriellen Produktion und deren Ursachen, Göttingen.
- Sengenberger, W. (1978): Der geplante Arbeitsmarkt, Probleme der Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt/M.
- Volpert, W. (1974): Handlungsstrukturanalyse als Beitrag zur Qualifikationsforschung, Köln.
- Weltz, F. (1976): Betriebliche Beschäftigungspolitik und Verhalten der Arbeitskräfte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/76.